

Nächstenliebe verlangt Klarheit

Die Arbeitsgemeinschaft »Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus« in Sachsen

Harald Lamprecht

Der Ausgangspunkt

Nicht erst nach den Wahlerfolgen der NPD - dadurch aber noch einmal deutlich stärker - ist das Problem des Rechtsextremismus in Sachsen auch für die sächsischen Kirchen bedrängend deutlich geworden. Rechtsextremisten haben sich mit klugen Strategien bis in die Mitte der Gesellschaft vorgearbeitet. Sie sind »salonfähig« geworden. Das zeigte auch die Kommunalwahl 2009, bei der die NPD massiv an Einfluss in der Fläche gewonnen hat. Auch in Kirchengemeinden bis in die Leitungsgremien hinein sind immer wieder Argumente zu hören wie: »Sie nehmen sich doch der sozialen Ängste der Menschen (besonders im Osten) an«, »Sie tun doch etwas für die Jugend«, »Sie sprechen doch die Sprache der Menschen von der Straße«. Solches Eindringen des Rechtsextremismus in die »bürgerliche Mitte« der Gesellschaft hat ihn umso gefährlicher gemacht. In seiner Ideologie stellt er weiterhin eine grundsätzliche Bedrohung der Demokratie, d.h. demokratischer Grundwerte und Kultur dar, kann aber selbst diese dazu nutzen, um in Gemeinderäten und anderen Parlamenten Gewicht und Plattform zu bekommen.

Um sich mit den rechtsextremen Ideologien erfolgreich auseinandersetzen zu können, bedarf es vieler unterschiedlicher Akteure der Zivilgesellschaft. Daraus folgt auch eine Verantwortung der Religionsgemeinschaften, sich für ein demokratisches Zusammenleben einzusetzen. Die christlichen Kirchen und die jüdischen Gemeinden sind außerordentlich wichtige Partner innerhalb der zivilen Gesellschaft. Im Bewusstsein dieser Verantwortung hat sich in Sachsen die Arbeitsgemeinschaft »Kirche für Demokratie - gegen Rechtsextremismus« gebildet.

Chance und Aufgabe

Christliche Gemeinden müssen sich auf Grund ihres biblischen Welt- und Menschenbildes zwingend mit rechtsextremen Ideologien auseinandersetzen. Dazu gehören Informationen, Diskurse, die Aneignung von Wissen und der Austausch von Erfahrungen genauso wie das Aufnehmen einer kritischen Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien. Kirchliche Veranstaltungen (Predigten, Gebete, Andachten, Gedenkveranstaltung zu besonderen Jahrestagen etc.) können immer wieder Raum für die Beschäftigung mit dieser Thematik geben, sofern die jeweils Verantwortlichen das entsprechende Problembewusstsein besitzen. An dieser Stelle setzt die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft ein. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, besonders im Raum der Kirche, aber auch darüber hinaus, Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, die sich in verschiedenartiger Weise mit der Thematik des Rechtsextremismus und der Demokratieförderung beschäftigen. Außerdem sieht sie die Vernetzung kirchlicher und nichtkirchlicher Initiativen als eine große Aufgabe an.

Ziele der weiterführenden Arbeit der AG Kirche und Rechtsextremismus sind:

- die Verstärkung des Problembewusstseins zu Rechtsextremismus und Gefährdung der Demokratie innerhalb der Kirche/n selbst,
- Anstöße von Diskursen besonders auf den Leitungsebenen der Landeskirche, der Kirchenbezirke und der Kirchgemeinden,
- die Sensibilisierung von Gemeindemitgliedern in Sachsen für das Problem Rechtsextremismus und deren Motivation, sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu engagieren,
- Bearbeitung der zunehmenden konkreten Anfragen aus dem Land Sachsen und Hilfestellung bei geplanten Aktionen.

Mitglieder

Die Arbeitsgemeinschaft steht an einer der Schnittstellen zwischen Kirche und Gesellschaft. Ihre Mitglieder arbeiten in verschiedenen kirchlichen Bereichen, die auch in die Gesellschaft hinein wirken: Kirchenbezirkssozialarbeit, Evangelische Akademie, Diakonie und Caritas, Erwachsenenbildung, Jugendarbeit etc. Sehr gut ist auch die ökumenische Weite, in der diese wichtige Arbeit aufgenommen wird. Evangelische und römisch-katholische Christen arbeiten gemeinsam an diesen Anliegen, Landeskirche und Bistum finanzieren die nötigen Aufwendungen. Sie bemühen sich darum, die Aufmerksamkeit auf die Probleme von Fremdenfeindlichkeit und völkischem Nationalismus in den jeweiligen Kirchenstrukturen zu verbessern.

Praxistage

Die Arbeitsgemeinschaft hat in der Vergangenheit, u. a. gefördert durch die Amadeu Antonio Stiftung, wichtige Arbeiten geleistet und gezeigt, dass gerade in den Kirchen ein Potenzial für zivilgesellschaftliches Engagement vorhanden ist. Ein paar Beispiele: Seit 2006 sind Praxistage an der Evangelischen Akademie Meißen zum Thema organisiert worden - oft auch mit hochrangigen Referenten aus Staat und Kirche. Bei diesen Praxistagen können Mitarbeiter aus den Gemeinden, Kirchvorsteher, Pfarrer und engagierte Gemeindeglieder ihre Fragen einbringen und mit Betroffenen in anderen Orten in Erfahrungsaustausch treten. Dadurch können die Teilnehmer wichtige Impulse für die Lösung der Probleme vor Ort mitnehmen.

Aktionsjahr

Auf Betreiben der AG wurde in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens das Aktionsjahr »Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus« ausgerufen. In diesem Zusammenhang wurde die Broschüre »Nächstenliebe verlangt Klarheit« erarbeitet und zusätzlich zur Bereitstellung der PDF-Datei im Internet in mittlerweile über 10.000 gedruckten Exemplaren verbreitet. In dem Text werden theologische Fragen des Verhältnisses von Kirche und Rechtsextremismus ebenso angesprochen wie praktische Fragen des Umgangs in der Gemeinde.

Schwerpunkt: Kommunikation mit der Polizei

Eine besondere Aufgabenstellung für die Arbeitsgemeinschaft hat sich in den letzten Jahren in der Organisation von Veranstaltungen mit der sächsischen Polizei ergeben.

In der Abwehr der gesellschaftlichen Bedrohungen durch rechtsextreme Ideologen und Gewalttäter müssen Polizei und engagierte Bürgerschaft zusammenarbeiten. Der Verweis auf die staatlichen Ordnungskräfte allein kann das Problem nicht lösen. In vielen Situationen ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Die Polizei kann nicht überall sein und bei Übergriffen ist die unmittelbare Hilfe von Umstehenden enorm wichtig – als Beistand für die Opfer und weil durch schnelles Eingreifen und signalisierte Unterstützung oft schlimmeres verhindert werden kann. Auf der anderen Seite können aber die Bürger nicht alles selbst in die Hand nehmen. Die staatliche Ordnung versieht nicht ohne Grund die Polizei mit einem Gewaltmonopol. Nur die Polizei kann Zugangskontrollen bei rechtsextremen Veranstaltungen durchführen, nur sie kann Gewalttäter in Gewahrsam nehmen etc.

Mitunter ergeben sich aber auch kontroverse Situationen. Wenn zum Beispiel die Polizei eine genehmigte rechtsextreme Demonstration begleitet und eine engagierte Bürgerschaft mit einer Sitzblockade diese Demonstration zu verhindern sucht, stehen sich Polizei und Bürger in einer anderen Konstellation gegenüber. Diese Situation ist auf beiden Seiten nach unserem Eindruck noch unzureichend reflektiert. Auf Seiten der Bürgerschaft zeigt sich zu schnell Unverständnis für das Handeln der Polizei, die als Erfüllungsgehilfen rechtsextremer Propaganda wahrgenommen werden. Wenn es dann noch zu gewaltsamen Übergriffen kommt, ist schnell ein Feindbild aufgebaut – wir Demonstranten gegen die bösen Polizisten. Auf der anderen Seite kann in den Reihen der Polizei durch das gewohnte Denken in Vollzügen staatlicher Ordnung die Sensibilität dafür verloren gehen, dass ziviler Ungehorsam ein hohes Gut zur Verteidigung der Demokratie sein kann. Dass Demonstranten in solch einem Fall nicht einfach Gesetzesbrecher sind, sondern verantwortungsvolle Bürger, die in Abwägung ihrer persönlichen Risiken sich dennoch mit großem Engagement für das Gemeinwohl einsetzen, ist nicht jedem Polizisten von Natur aus deutlich.

Fachtage

Die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus hat diesem Problemfeld bereits besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Am 1. Februar 2010 wurde ein Fachtag in Zusammenarbeit mit den Polizeiseelsorgern und der Polizeidirektion Chemnitz organisiert, zu dem insbesondere Vertreter der Polizeidienststellen eingeladen waren. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde beschlossen, das Thema weiter zu verfolgen. 2011 fand der zweite Fachtag statt, diesmal im Bereich der Polizeidirektion Leipzig und der nächste ist bereits in Planung. Die Vernetzung der Polizisten in den verschiedenen Dienstbereichen mit Experten in der Opferberatung, in Kirchengemeinden und anderen Initiativen ist ein wertvolles Ergebnis dieser Treffen. Auch der Perspektivwechsel ist wichtig: Wie geht es einem Opfer, dem von einem rechtsextremen Mob die Scheiben eingeschlagen werden, während der Streifenwagen daneben steht, aber nicht eingreift, weil die Polizisten zahlenmäßig unterlegen sind? Wie geht es einem Einsatzleiter der Bereitschaftspolizei, der Verantwortung für Leben und Gesundheit der Beamten trägt, wenn er eine solche Situation entscheiden soll?

Solche Gespräche haben sonst keinen Raum. Auf diesen Fachtagen helfen sie, Verständnis füreinander zu gewinnen und künftiges Handeln besser zu koordinieren.

Mahnwache

In Dresden besteht seit etlichen Jahren das Problem, dass zum Gedenktag der Zerstörung der Stadt am 13. Februar immer größere rechtsextreme Demonstrationen angemeldet und durchgeführt wurden. Auch Leipzig hat bestimmte Daten, an denen Rechtsextreme gern am Völkerschlachtdenkmal aufmarschieren. Erstmals im Oktober 2010 wurde – angeregt von der AG Kirche für Demokratie – in verschiedenen sächsischen Städten dazu aufgerufen, bei solchen Anlässen vor jeder Kirche eine Mahnwache zu veranstalten. Wenn ewig Gestrige die Verbrechen des Nationalsozialismus leugnend ihre Hass-Parolen durch die Stadt tragen wollen, sind Christinnen und Christen herausgefordert, sichtbare Zeichen zu setzen. Dies soll mit unseren ureigensten Mitteln geschehen: Mahnen und Beten. Zudem helfen viele Veranstaltungen im Stadtbereich den Kommunen, die rechtsextremen Aufzüge zu begrenzen. Mahnwachen vor den Kirchen geben aber auch Menschen die Gelegenheit, ihren Protest auszudrücken, die nicht an einer Gegendemonstration teilnehmen würden. Es hat sich gezeigt, dass solche Mahnwachen ein großes Potenzial besitzen, auch schon allein deshalb, weil sie in vielen Gemeinden eine Beschäftigung mit dem Problemfeld des Rechtsextremismus angeregt haben. Und nicht zuletzt sind die Initiatoren als Christen davon überzeugt, dass Gebete eine große Kraft haben.

Anmerkungen

Für ihre Aktivitäten wurde die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus 2009 mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet. Materialien und Informationen zur Arbeit der AG in Sachsen sind auf der Internetseite www.kirche-fuer-demokratie.de zu finden.

Autor

Dr. Harald Lamprecht ist Beauftragter für Weltanschauungsfragen der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Sachsen.

Kontakt:

AG Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Geschäftsführung: EEB Sachsen

Tauscherstraße 44

01277 Dresden

Telefon: (03 51) 65 61 54 0

Fax: (03 51) 65 61 54 19

E-Mail: info@kirche-fuer-demokratie.de
www.kirche-fuer-demokratie.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de